Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Plenarprotokoll

7. Sitzung

Donnerstag, 24. Februar 2022

Inhalt ..... Seite

Gedenkworte

Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine 360

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Aussprache zur Lage in der Ukraine 360

in Verbindung mit

45 A Volle Solidarität mit der Ukraine! 360

Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP auf Annahme einer Entschließung
Drucksache 19/0190

und

45 B Für Frieden in Europa! 360

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung
Drucksache 19/0191

hierzu:

Änderungsantrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0191-1

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) 360
Kai Wegner (CDU) 362
Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) 362
Dr. Kristin Brinker (AfD) 363
Franziska Brychcy (LINKE) 364
Stefan Förster (FDP) 365
Bürgermeisterin Bettina Jarasch 366

Ergebnisse 368
Beschlusstext 430

Inhalt ..... Seite

Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches 368

Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde 368

1 Aktuelle Stunde 369

gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Zwei Jahre nach Hanau – gegen Rassismus und Diskriminierung, für ein Berlin für alle 369

(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Raed Saleh (SPD) 369
Kai Wegner (CDU) 370
Silke Gebel (GRÜNE) 372
Martin Trefzer (AfD) 374
Raed Saleh (SPD) 376
Martin Trefzer (AfD) 377
Elke Breitenbach (LINKE) 378
Martin Trefzer (AfD) 378
Anne Helm (LINKE) 379
Sebastian Czaja (FDP) 381
Senatorin Dr. Lena Kreck 382

Persönliche Erklärung nach § 66 GO Abghs 384

Antje Kapek (GRÜNE) 384

2 Fragestunde 386

gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Die Veröffentlichungen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 470449, 12313 Berlin. Telefon: 6618484, Telefax: 6617828.

3.1 Priorität der Fraktion der FDP 405

44 Straßenblockierer stoppen – Rechtsdurchsetzung den Trends der Gefährder anpassen 405

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0174

Holger Krestel (FDP) 405
Florian Dörstelmann (SPD) 406
Alexander Herrmann (CDU) 407
Dr. Petra Vandrey (GRÜNE) 408
Marc Vallendar (AfD) 410
Sebastian Schlüsselburg (LINKE) 411
Holger Krestel (FDP) 412
Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) 412
Sebastian Schlüsselburg (LINKE) 413

Ergebnis 414

3.4 Priorität der CDU-Fraktion 414

10 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin – sichere Rechtsgrundlage für den Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten (Tasern) 414

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0165

Erste Lesung

Frank Balzer (CDU) 414
Tom Schreiber (SPD) 415
Karsten Woldeit (AfD) 416
Vasili Franco (GRÜNE) 417
Björn Matthias Jotzo (FDP) 418
Karsten Woldeit (AfD) 419
Björn Matthias Jotzo (FDP) 419
Niklas Schrader (LINKE) 420

Ergebnis 421

3.6 Priorität der AfD-Fraktion 421

4 Gesetz zur Änderung des Landesabgeordnetengesetzes 421

Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 16. Februar 2022
Drucksache 19/0179

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0125

Zweite Lesung

Ronald Gläser (AfD) 421
Torsten Schneider (SPD) 422

Ergebnis 424

5 Gesetz zur Änderung des Bezirksverordnetenentschädigungsgesetzes 424

Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 16. Februar 2022
Drucksache 19/0180

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0151

Zweite Lesung

Ergebnis 424

6 Hunde-unbürokratischer-halten-Gesetz 424

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0098

Erste Lesung

Ergebnis 424

8 Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes 424

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0153

Erste Lesung

Ergebnis 424

9 Gesetz zum Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag 425

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0183

Erste Lesung

Ergebnis 425

11 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes – Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze im Ruhestand 425

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0166

Erste Lesung

Ergebnis 425

(Ronald Gläser)

Wirtschaftssystem über den Haufen werfen. – Sie hinterlassen der jungen Generation, für die Sie sich einzusetzen vorgeben, einen riesigen Turm von Schulden, der niemals anders abgetragen werden kann als durch Enteignungen oder Inflation oder beides. So wird es kommen. Das ist verantwortungslos.

[Beifall bei der AfD]

Da vermisse ich die Überwachungs-und Kontrolldichte des Hauses genauso wie beim Rasieren von Grundrechten. Jede Woche flattert uns hier so eine Verordnung des Senats auf den Tisch. Das sind keine Gesetze, das sind einfach Verordnungen. Es kommt jeden Tag eine und noch eine und noch eine. Das sind keine Gesetze, die wir hier im Parlament auch nur besprechen könnten. Es wird auf Konsenslisten gepackt, es wird alles in Ausschüssen durchgewunken. Das alles macht mich absolut sprachlos. Es sind jedes Mal Einschränkungen unserer Grundrechte dabei, die Einschränkung des Grundrechts auf freie Religionsausübung, auf Versammlungsfreiheit, auf freie Berufswahl, all das wird eingeschränkt mit einem Federstrich. Das macht mich sprachlos. Da frage ich mich: Wo ist die Überwachungs- und Kontrolldichte des Abgeordnetenhauses in diesen Fällen?

[Beifall bei der AfD]

Das gilt auch beim Ignorieren des Volkswillens. Wir hatten jetzt zwei Volksabstimmungen in dieser Stadt zum Erhalt eines innerstädtischen Flughafens. Beim letzten, in Tegel, vor fünf Jahren, war sogar das Quorum erreicht. Sie haben nach einer kurzen Schamfrist von nur sechs Monaten einfach so getan, als hätte es das nicht gegeben und gesagt, es interessiere sie nicht, der Senat wolle den Flughafen zumachen, also machen Sie das. Die „BZ“ hat damals getitelt: „Hier verraten Berlins Abgeordnete ihre Wähler“. Das ist sehr zugespitzt, aber der Punkt ist, Sie scheren sich nicht wirklich darum, was die Bürger sagen. Da frage ich mich, wo ist hier die Überwachungs- und Kontrolldichte des Berliner Abgeordnetenhauses als Volksvertretung der Berliner?

[Beifall bei der AfD]

Herr Kollege Schneider! Dann hatten Sie damals ausgeführt, es gäbe die vielen unerledigten Fälle, die abgearbeitet werden müssen. Das müssten wir alles machen, und deswegen muss mehr gearbeitet werden. Also wurden zwei neue Plenarsitzungen im Jahr eingeführt, die Ausschusssitzungen wurden verlängert. Die kassieren sie jetzt in dieser Legislaturperiode wieder ein Stück weit ein, die Verlängerung der Ausschusssitzungen. Wir sollten also mehr arbeiten, deswegen sollten wir mehr Geld bekommen. So weit, so verständlich. Es war im Januar 2020, als das in Kraft getreten ist. Zwei Monate später hatten wir Corona. Dann sind Ausschusssitzungen ausgefallen, dann sind Plenarsitzungen verkürzt worden. Dann gab es Lüftungspausen und all diese Sachen

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

mit dem Ergebnis, lieber Herr Schneider, dass wir wahrscheinlich Pi mal Daumen am Ende der Legislaturperiode genauso viel Zeit in Konferenzen und Ausschüssen hier im Haus und in Plenarsitzungen verbracht haben, wie wir ohne Ihre Parlamentsreform verbracht hätten. Und siehe da, all die Dinge, die nicht abgearbeitet waren, konnten trotzdem abgearbeitet werden. Das heißt, wir hätten Ihre Parlamentsreform von 2019/2020 überhaupt nicht gebraucht.

Ich will das kurz zusammenfassen: Wir haben Anträge dazu gestellt. Die haben Sie leider natürlich schon im Hauptausschuss weggebügelt. Wir möchten, dass dieses Haus jedes Mal über eine Diätenerhöhung abstimmt und nicht diesen Automatismus einführt. Das haben Sie leider nicht gewollt. Dann könnten wir vielleicht auch sagen: Gut, wir sind dieses Mal einverstanden und stimmen dem zu. Wir haben eine Nullrunde vorgeschlagen, wie es die Kollegen in Brandenburg gemacht haben, nicht die AfD-Kollegen, sondern sämtliche Fraktionen; zumindest eine Mehrheit der Abgeordneten hat sich dafür entschieden, eine Nullrunde einzulegen. Das hätte bei uns auch gut ausgesehen. Im Deutschen Bundestag, daran möchte ich kurz erinnern, sind die Bezüge der Abgeordneten vor einem Jahr sogar gesunken. Wir erhöhen sie stattdessen. Das ist falsch. Das werden wir nicht mitmachen, auch, nachdem Sie unsere Änderungsanträge abgelehnt haben. Jetzt schlägt die Stunde des blauen Diätendeckels anstelle Ihres roten Mietendeckels. Das wäre eine echte Entlastung für die Berliner. Es ist auch nicht verfassungswidrig, das zu machen. Stimmen Sie mit uns gegen dieses Gesetz. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Schneider das Wort.

[Paul Fresdorf (FDP): Jetzt kommt der Populismusdeckel!]

Torsten Schneider (SPD):

Meine Damen und Herren! Manche Beiträge werden durch ihre Zerfaserung, Diversifizierung eben in ihrer Zielrichtung ersichtlich. Dass Sie hier das Parlament beschimpfen als eines, das seine Kontrollrechte nicht wahrnimmt, damit letztlich sich selbst, das muss ich aus meiner Erkenntnis nicht nur im Namen der Koalition, sondern mit ganz großer Sicherheit und insbesondere auch im Namen der Opposition, zurückweisen. Das ist doch albern, mit Verlaub. Das kann man doch nicht ernst nehmen, was Sie da sagen.

[Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der CDU, der LINKEN und der FDP]

(Torsten Schneider)

Ich bin eher mit einer Berliner Tageszeitung, dem „Tagesspiegel“ nicht immer einer Meinung. Normalerweise nenne ich die Zeitung gar nicht, aber ich habe sogar einen ausgeschnittenen Artikel, wie jeder Finanzpolitiker, wie jede Finanzpolitikerin. Der inzwischen in seinen verdienten Ruhestand ausgeschiedene Kollege Zawatka-Gerlach hat einmal zum Hauptausschuss etwas geschrieben, und zwar ganz abstrakt. Sie können auch die jeweiligen Regierungen fragen. Mein Befund ist – ich bin mit einer Unterbrechung, die wir alle kennen, einer der dienstältesten parlamentarischen Geschäftsführer in der Bundesrepublik –: Ich kenne überhaupt kein Parlament, das eine so dichte und robuste Kontrollaufgabe und -wahrnehmung ausübt wie dieses Berliner Abgeordnetenhaus. Wir sind darauf verdammt stolz.

[Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der CDU, der LINKEN und der FDP]

Nun haben Sie Ihren Antrag eingebracht. Insoweit nehme ich das auch ernst. Wir müssen aber darüber reden, worum es Ihnen geht. 90 Prozent ist eine falsche Auslegung einer verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung. Und eine Zeile befasst sich mit der unanständigen Diätenerhöhung, die Sie in absoluten Zahlen darstellen. Ich sage dazu: Das kritisch zu sehen, das ist legitim, beispielsweise wie die Linksfraktion das kritisch gesehen hat. Aber es unterscheidet die Linksfraktion von Ihnen ein ernsthafter Abwägungsprozess. Sie sind nicht gezwungen worden, das zu tun, sondern sie haben eine Spendensituation aufgesetzt. Ich persönlich finde das falsch, aber der Abwägungsprozess, der dieser Entscheidung zugrunde lag, das trotzdem mitzutragen, ist strukturell. Und dazu sind wir verabredet. Ja, die Verfassungslage – aus gutem Grund – fordert, dass wir im Lichte der Öffentlichkeit unsere eigene Alimentierung und unsere Diäten diskutieren. Das ist gut. Das tun wir jedes Jahr mit einem bundesweit geübten Verfahren,

[Ronald Gläser (AfD): Nee!]

das jetzt statistisch umgestellt wurde, in selber Weise wie im Deutschen Bundestag. Die Linken haben aber den Befund, den wir 20 Jahre lang gesehen haben, auch. Wir haben uns nämlich 20 Jahre – erstens – nicht richtig ernst genommen und – zweitens – dieser Debatte in der Öffentlichkeit nicht gestellt, bis wir nach Hamburg gefahren sind mit allen parlamentarischen Geschäftsführern aller Fraktionen. Das war ein bisschen angenehmer, es waren noch die Piraten dabei, die auf Ihren Stühlen saßen; ich habe ja lange Zeit gedacht, schlimmer kann es nicht kommen

[Ronald Gläser (AfD): Die kommen nicht zurück! Besser so!]

– na ja, ich hätte jetzt fast etwas gesagt, das hätte ich dann hinterher bereut –, und die Befundung war klar. Die Kollegen in Hamburg, die parlamentarischen Geschäftsführer, kamen zu einem eindeutigen Befund: Das, was ihr da macht, ist kein Parlamentarismus.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Ach so!]

Daraus haben wir gelernt. Wir haben gesagt: Nein, wir stellen uns der Öffentlichkeit, bekennen uns auch zu unseren Diäten. – Das führte zu einer Strukturreform – da haben Sie vollkommen recht; es wurde sogar ein Buch über uns geschrieben –, indem wir einen großen Schluck aus der Pulle genommen haben,

[Frank-Christian Hansel (AfD): Aber keine richtige Reform!]

weil wir das 15 Jahre unterlassen und uns nicht getraut haben.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Aber keine richtige!]

Das ist der Grund, warum die Linksfraktion sagt, strukturell, wenn es nicht unangemessen ist, muss man das tun, so wie 15 andere Parlamente in diesem Jahr auch, mit Ausnahme von Brandenburg. Deshalb ist es legitim, so zu entscheiden wie die Grünen. Es unterscheidet aber die Linksfraktion von Ihnen: Da wird eine strukturelle Abwägung vorgenommen und eine echte Haltung implementiert.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Wir wollen eine richtige Parlamentsreform! Die wollen Sie nicht!]

Das, was Sie tun, ist doch keine Haltung. Das ist rückgratloser Populismus.

[Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der CDU, der LINKEN und der FDP]

Entnehmen Sie freundlicherweise einer Besonderheit des heutigen Tages unsere – ich meine das sardonisch – Wertschätzung Ihnen gegenüber. Die Besonderheit besteht darin, dass sich fünf Fraktionen zu einer Verabredung gefunden haben. Das hängt nicht mit meiner Position, mit meiner Person zusammen, weil man mir das rhetorisch mehr zutraut oder sonst etwas – und ich argumentiere für meine Verhältnisse heute ja wahrscheinlich relativ ausgewogen –,

[Heiterkeit bei der SPD, den GRÜNEN, der CDU und der LINKEN]

sondern einfach mit der Tatsache, dass ich derzeit das Amt des parlamentarischen Geschäftsführers der größten Fraktion ausübe. Ich rede heute also für die Linksfraktion, ich rede für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, für die CDU-Fraktion und für die FDP-Fraktion – nicht, weil Paul Fresdorf sich das nicht zutraut, Heiko Melzer vor der Debatte Angst hat oder die Koalitionspartner und die PGFs sich das nicht zutrauen, sondern weil wir Ihnen eine Botschaft senden: Sie sind in der parlamentarischen Demokratie entlarvt, und Sie sind isoliert. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der CDU, der LINKEN und der FDP]